

**Erst wenn die letzte  
Sozialleistung gestrichen,  
die letzte Rente abgeschafft  
und der letzte Arbeitnehmer  
gekündigt ist, werdet Ihr  
merken, dass niemand Eure  
Produkte kauft und ihr Euer Geld nicht essen könnt**

## **Resolution**

**Die ca. 80 Teilnehmer der Veranstaltung der Ver.di Betriebsgruppe im BA Friedrichshain-Kreuzberg am 05.11.2003 beschließen mit großer Mehrheit folgende Resolution:**

**Wir fordern: Weg mit Schröders Agenda 2010 und für Alternativen zum Sozialabbau  
NEIN zu den geplanten Gesetzen zu "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes  
NEIN zum Abbau von sozialen und kommunalen Errungenschaften**

***Agenda 2010 bringt mehr  
Armut in die Familien !***

### **Sozialabbau**

- Zahnersatz wird ab 2005 aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen. eine Zusatzversicherung ist Pflicht
- Krankengeld: Die Finanzierung trägt allein der/die Beschäftigte
- zusätzliche Zuzahlungen in Höhe von bis zu 10 Euro für jede Leistung
- Anhebung des Rentenalters auf 67
- Kürzung des Arbeitslosengelds von 32 Monaten auf 18 Monate
- Abschaffung der Altersrente für Schwerbehinderte
- Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen für niedrig bezahlte Arbeit und von nicht arbeits- und sozial rechtlich gesicherten „Arbeitsgelegenheiten,“
- Arbeitslosengeld 2 wird auf Sozialhilfeniveau abgesenkt
- Ausgrenzung von Leistungen insbesondere für Frauen durch "Neudefinition" des Begriffs „arbeitslos,“

### **Eingriffe ins Arbeitsrecht**

- willkürliche Entlassungen werden durch Änderung der Kleinbetriebsklausel auch in größeren Betrieben ermöglicht
- Wegfall der Berücksichtigung der individuelle sozialen Situation bei der Sozialauswahl durch die Begrenzung der Kriterien.
- Unterlaufen der Tarifverträge durch sogenannte betriebliche Bündnisse für Arbeit

- durch die Forderung und Androhung von gesetzlichen Änderungen

**Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheits-»reform«, Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg,**

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu SozialhilfebezieherInnen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe. Das Hartz Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus.

Für Zahnersatz und Krankengeld sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind geplant. Wir sollen 20 Mrd. Euro mehr zahlen.

Die Renten sollen so abgesenkt werden, dass die meisten Rentner/innen in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe und die Altersarmut steigt. Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen. Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Die Privatisierung der sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsbetriebe und Schulen dient in Wirklichkeit dazu, den Konzernen profitable Anlagemöglichkeiten zu eröffnen. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind.

Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spulte bisher 30 Mrd. Euro in die Kassen der Unternehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. Euro mehr auf ihren Konten. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von 6 Mrd. Euro finanziert. Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet 8,3 Mrd. Euro - aber der Rentenzuschuss von 2 Mrd. Euro soll gestrichen werden. Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu Strukturanpassungen«. Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern.

Diese Sozialkürzungen werden nur möglich, wenn wir uns nicht ausreichend wehren. Die Demonstration vom 1.11. 2003 mit über 100 000 Teilnehmern hat gezeigt, dass durch eine aktive Betriebsgruppenarbeit viele Menschen mobilisiert werden können. In diesem Sinne wollen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit weiterentwickeln. Wir lehnen alle Verschlechterungen ab.

**Wir werden nicht mitgestalten, sondern die Agenda 2010 bekämpfen !!! Gemeinsam sind wir stark !!!**

Lasst uns daher gemeinsam kämpfen für:

- **Rücknahme der Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer**
- **Aufhebung der Bürgschaften im Rahmen des Berliner Bankenskandals**
- **Internationale Solidarität mit dem Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte in allen Ländern**